

# Klartext

für die Gemeinde Rathmannsdorf



## 1. Ausgabe im dritten Jahrgang (2012)

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

für das neue Jahr 2012 wünsche ich allen Rathmannsdorfern Gesundheit und eine glückliche Zeit mit Ihren Familien. Ich hoffe, Sie alle hatten ruhige, erholsame Stunden in der Sonnenwend-Weihnachtszeit und beim Wechsel ins neue Jahr.

Die letzte Gemeinderatssitzung im Jahr 2011 fand am 8. Dezember statt und sie wurde besonders interessant durch die Aussichten auf die finanzielle Situation für Rathmannsdorf in den kommenden Jahren. Die Fragestunde wurde auch von mir genutzt, um den Bürgermeister auf seine Dienstpflichten mir gegenüber hinzuweisen. Seit Juni 2011 versuche ich durch eine Anfrage mit nachfolgender schriftlicher Erinnerung und mit weiteren Bitten, vom Bürgermeister die Kosten zur Vorbereitung der „Grünen Mitte“ und „Gedächtniskapelle“ zu erfahren. Alles ohne Erfolg! Herr Hähnel sagte mir darauf, dass er meine Fragen beantwortet, wann er will. Vielleicht ist das erst am sogenannten „Sankt-Nimmerleins-Tag“. Die Kommunalaufsichtsbehörde mußte daraufhin Herrn Hähnel ausdrücklich auf seine Pflichten mir gegenüber als Gemeinderat hinweisen.

Herr Henke stellte ebenfalls eine Anfrage nach allen bisher angefallenen und noch zu erwartenden Kosten zur „Grünen Mitte“ und „Gedächtniskapelle“ am Altsteinbruch. Sein Appell an Ehre und Gewissen des Bürgermeisters, nach all den Vorwürfen und der Verurteilung als brutaler Gewalttäter sein Amt wenigstens ruhen zu lassen, bis die zweite gerichtliche Instanz endgültig rechtskräftig entscheidet, war vergebens. Auch der Hinweis, welchen Schaden der Bürgermeister mit seinem Verhalten in Rathmannsdorf anrichtet, hatte lediglich ein Redeverbot für Herrn Henke zur Folge. Das ist die gelebte Rathmannsdorfer Demokratie! Der verurteilte Gewalttäter und politische Lügner erteilt Kritikern Redeverbot und darf sich als Lieblingsbürgermeister in der SZ sonnen. Mein Vorschlag, das Protokoll der Einwohnerversammlung allen Rathmannsdorfern mit dem Amtsblatt zur Kenntnis zu bringen, wurde kategorisch abgelehnt. Die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger hätten damit die Möglichkeit der direkten Kontrolle gehabt, was von ihren Forderungen und Anregungen durch den Bürgermeister und Gemeinderat abgearbeitet wurde. Die Absage der versprochenen zweiten Einwohnerversammlung im Herbst 2011 spricht eine eindeutige Sprache.

Der Beschluss Jahresrechnung 2010 mußte von mir abgelehnt werden, da in der Abrechnung die ruinöse Ausgabenpolitik unter der Leitung des Herrn Hähnel offensichtlich wird. Bauhof und Umbau Feuerwehr haben bereits einige Hunderttausend Euro verschlungen. Eine Fertigstellung ist noch nicht abzusehen.

In 2010 wurden zusätzlich 50.000 € als überplanmäßige Ausgabe ins Gerätehaus investiert. Am Ende des Jahres reichte auch das nicht, und man kam letztendlich auf 66.500 €. Dann kam der Erwerb der Zuwegung für 4.000 € noch dazu. Für das Areal an der Gedächtniskapelle waren 2010 schon 6.500 € eingeplant. Weil man noch auf Fördermittel für „Brachflächensanierung“ gehofft hatte, sollte das gesamte Geld in 2011 in das Grundstück der Gedächtniskapelle fließen. Herr Hähnel behauptet bekanntlich immer wieder, die Ausgaben für die Gedächtniskapelle würden unsere Gemeinde mit keinem Cent belasten. Hochinteressant ist die Tatsache, dass Herr Hähnel und Herr Wachter beide im Vorstand des Fördervereins „Gedächtniskapelle“ sind. Beide sind nach der Satzung einzelvertretungsberechtigt. Im Klartext bedeutet das: Jeder hat volle Handlungsfreiheit. Liegt hier nicht ein klarer Interessenkonflikt des Bürgermeisters und eines Gemeinderats auf der Hand?

Das Kostenproblem Aussichtsturm nimmt immer schlimmere Ausmaße an. 17.000 € Betriebskosten in 2010, dazu 10.000 € Abschreibung und Verzinsung – dagegen nur 5.000 € Einnahmen! Der Kostendeckungsgrad für das Gemeindezentrum ist auf 6 % gesunken, 94 % bleiben reale Kosten. Rund 126.000 € zahlten wir als Verwaltungsumlage an die Stadt Bad Schandau.

Dazu kommen außerdem die großen Ausgaben für Gemeindeamt und Angestellte und für den gesamten zusätzlichen internen Verwaltungsaufwand. Leider ist hier ein Aufschrei der Gemeinderäte und des Bürgermeisters „Wir müssen mit dem Geld unserer Bürger sparsam umgehen!“ nicht zu erwarten. Für diese Herrschaften kommen bei Haushaltsplanungen nur Steuererhöhungen in Frage.

ab 2014:

Grundsteuer A von 300 % auf 350 %

Grundsteuer B von 410 % auf 450 %

Gewerbsteuer von 400 % auf 450 %.

Das wird jedoch nicht reichen, weitere Abgaben sollen her – zum Beispiel Straßenausbaubeiträge! Den Phantasien, die Bürgerinnen und Bürger zur Ader zu lassen, sind keine Grenzen gesetzt. Rathmannsdorf leistet sich überdimensionierte Objekte, die in Zukunft immer größere Ausgaben erfordern. Dazu kommen bauliche Anlagen, die der Bürgermeister ohne Sinn und ausreichende Fachkompetenz uns allen als Rückbaulasten hinterlässt.

Bei einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Bewirtschaftung der Gemeinde wäre die finanzielle Ausstattung ausreichend. Alle wichtigen Projekte sind bezahlbar, wenn sie den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger angepasst sind. Auf unnütze Ausgaben muß verzichtet werden.

Besonders wichtig wird die nachhaltige und sparsame Bewirtschaftung unserer Gemeinde mit der Einführung des Doppik-Systems. Dieses System bringt auch für Rathmannsdorf eher mehr finanzielle Probleme als Entlastungen. Vorerst wurde die Verschiebung der Doppik einstimmig beschlossen.

Mit weiteren Informationen im nächsten Klartext verbleibt wie stets  
mit freundlichen Grüßen

Ihr Gemeinderat Steffen Konkol